POLNISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. und 25. jeden Monats.

Heft 95. **XI. BAND** **15. Mai 1918**

INHALT:

Einzelpreis 40 Pfg. — Vierteljährlich 3.50 Mk.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstrasse Nr. 28.

Nr. 95 15. Mai 1918

POLNISCHE BLÄTTER

Das Gebot der Stunde.

In der Polenfrage ist zweierlei zu unterscheiden: ein Minimalprogramm, das die Regelung der Angelegenheiten im besetzten Lande anbetrifft, und ein Maximalprogramm, bezüglich der Lösung der Polenfrage im internationalen Sinne des Wortes.

Als okkupiertes Gebiet hat Polen die Lasten der Kriegslage zu tragen; dies versteht jeder denkende Mensch zu würdigen. Das Land wurde vom Zarismus befreit, es muß auch manche Konsequenzen daraus ziehen. Die Streitfrage beginnt da, wo die Art und die Grenzen dieser Lasten zu bestimmen sind. Schon hier muß der Zusammenhang mit der endgültigen Lösung der Frage berücksichtigt werden. Wenn man z. B. an Polen als künftigen Verbündeten denkt, so sollte man doch alles vermeiden, was die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Lande und den Besatzungsmächten trübt. Leider rächt sich auf Schritt und Tritt die Tatsache, daß vor oder sofort nach der Eroberung des Landes ein Einheitsprogramm für Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht bestand. Das Ergebnis war eine Reihe von verhängnisvollen Verwaltungsmaßregeln. Schon die Spaltung des Landes in zwei Okkupationsgebiete muß schlimme Folgen nach sich ziehen; faktisch ist aber das Land in noch mehrere Teile gespalten; vom deutschen Okkupationsgebiet wurde nämlich das Gouvernement Suwalki abgetrennt, dessen südlicher Teil ganz polnisch ist, ferner wird ein Teil des Gouvernements Siedlce als besonderes Etappengebiet behandelt. Schon in verwaltungstechnischer Beziehung fließen aus diesem Umstande verschiedene Ungleichheiten, die von jedem Nichtnurpolitiker, sondern auch Verwaltungsfachmann als Mißstände betrachtet werden müssen. Im österreichischen Besatzungsteile herrscht ein ganz anderes System als im deutschen.

Ersterer wird als rein polnisches Land verwaltet, größtenteils von polnischen Beamten; war doch der Generalgouverneur in Lublin, bevor er freiwillig seine Demission gab, ein Pole. Wie groß die Verwaltungsunterschiede sind, beweisen z. B. solche Tatsachen, daß im deutschen Okkupationsgebiete die Kreisvertretungen ernannt, im österreichischen dagegen gewählt werden; im deutschen ist das ganze Industriewesen lahmgelegt, im österreichischen entstehen neue Fabrikanlagen. Wir wissen es wohl, daß Generalgouverneur von Beseler es mit dem ihm anvertrauten Lande gut meint; aber die Systemverschiedenheit ist eben ein Resultat des Mangels eines allgemeinen Polenprogramms. In politischer Beziehung entstehen daraus verschiedene Ungleichheiten, die natürlich Gegenstand der allgemeinen Kritik sind. Aber auch wirtschaftlich zeitigt dies gar schlimme Resultate; Polen ist nämlich eine natürliche, wirtschaftliche Einheit, und dadurch, daß diese Einheit zerrissen wurde, entsteht der Mißstand, daß der südliche, agrarische Teil des Landes mit seinen Produkten den nördlichen, mehr industriellen, nicht versorgen kann.

Aber im Bereiche des deutschen Okkupationsgebietes tritt eine ganze Reihe von Systemverschiedenheiten zutage. Das Gouvernement Suwalki wurde bis zum heutigen Tage durch keinen staatsrechtlichen Akt von Polen abgetrennt, dennoch hat hier kein Akt der Zentralmächte, der die politisch-nationalen Rechte Polens anerkennt, Eingang gefunden. Die Zweikaiserpatente vom November 1916 und September 1917 werden hier ignoriert. Nicht einmal das polnische Schulwesen und die polnische Kultur können hier gepflegt werden. Das gleiche gilt auch vom Etappengebiet, das zu allerletzt in Brest-Litowsk an den ukrainischen Staat abgetreten wurde. Während aber durch einen nachträglichen Zusatz zu dem Friedensvertrage mit der Ukraina für den österreichischen Anteil die Bestimmung der Grenze zwischen Polen und der Ukraina verschoben wurde und somit das Chełmer Gebiet bis heute als polnisches Land verwaltet wird, polnische Schulen und Gerichte errichtet, Wahlen zu dem Staatsrat vorgenommen werden durften, ist es im deutschen Anteile ganz anders; hier wird nichts Polnisches geduldet, und die Bevölkerung

durfte sich nicht an den Wahlen zum Staatsrat beteiligen. Ob das alles politisch und sozial zu motivieren und ersprießlich ist, möge der Leser selbst entscheiden. Selbst im eigentlichen Generalgouvernement Warschau ist die bisherige Verwaltung reformbedürftig. Durch kaiserliche Patente ist Polen zum selbständigen Staat erklärt worden; die erste Konsequenz davon sollte also die innere Selbständigkeit, d. i. die Einführung einer nationalen Selbstverwaltung sein. Bis heute sind wir aber von diesem Ideal weit entfernt. Nur das Schul- und Justizwesen befindet sich in polnischen Händen. Auf die anderen überwiegenden Zweige des großen Verwaltungsapparates hat die Landesbevölkerung nicht den geringsten Einfluß. In der letzten Nummer unserer Zeitschrift haben wir den Haushaltsplan des Generalgouvernements Warschau von 1918 nachgedruckt. Er schließt mit einer Ausgabesumme von 265 Millionen ab. Davon entfällt zur Verfügung der polnischen Behörden (Regentschaftsrat, Ministerien, Justiz, Schulen) der Betrag von 30 Millionen Mark. Ein krasserer Beweis der Fernhaltung der Bevölkerung des selbständigen polnischen Staates von den laufenden Verwaltungsgeschäften läßt sich nicht denken. Mit Befriedigung können wir auch feststellen, daß die maßgebenden Stellen die Unzulänglichkeit dieser Zustände anerkannt haben: in den letzten Tagen berichten die polnischen Blätter, daß gewisse Zweige der Verwaltung den polnischen Behörden gleich nach Erlangung der Genehmigung der Zentralbehörden in Berlin und Wien überwiesen werden können; andere, welche sich grundsätzlich jetzt schon zur Ueberweisung eignen, bedürfen der Besprechung der Einzelheiten, die in besonderen Kommissionsberatungen erfolgen sollen. Wir wollen hoffen, daß die hierauf bezüglichen Verhandlungen nicht viel Zeit in Anspruch nehmen werden, und daß der Umfang der den polnischen Behörden zugewiesenen Geschäfte nicht nach kleinlichen Maßstäben bemessen werden wird. Wie immer, sind auch hier Halbheiten nur schädlich. Eine wirkliche Uebergabe der Verwaltung an die polnischen Ministerien würde sowohl im Lande wie auch im Auslande einen guten Eindruck machen, die Welt wird den guten Willen der Zentralmächte zur Schaffung des

polnischen Staates sehen und anerkennen müssen; das wäre für die Politik der Zentralmächte von großer Tragweite; eine tropfenweise, an die Polen übergehende Amtstätigkeit wird jeglichen Eindruckes entbehren.

Mit dieser Uebergabe der Verwaltungszweige sind wir noch weit von der Beseitigung des in Polen herrschenden doppelten Dualismus entfernt. Schon der Dualismus, der infolge einer polnischen und deutschen, bzw. einer österreichisch-ungarischen Verwaltung, fernerhin für gewisse Verwaltungsgebiete bestehen wird, ist in jeder Beziehung schädlich. Außer den politischen Nachteilen kommen hier wirtschaftliche und soziale in Betracht von allergrößter Wichtigkeit. Das Land steht vor großen Aufgaben und großen Gefahren; die Lahmlegung der Industrie, die Reformbedürftigkeit der Agrarverhältnisse, das gräßliche Elend der städtischen Bevölkerung, das alles erheischt ein groß angelegtes Abhilfesystem, sollten verschiedene aus dem Osten drohende Losungen das unglückliche Land nicht mit neuen Schicksalsschlägen treffen. Nur polnische Behörden haben einen richtigen Einblick in die gegebenen Verhältnisse, nur polnische Vollzugsorgane der polnischen gesetzgeberischen Gewalt können den Erfordernissen des Lebens Rechnung tragen. Das genügt aber nicht, wenn der zweite Dualismus, nämlich die Einteilung des Landes in ein deutsches und ein österreichisch-ungarisches Gebiet bleiben würde; und von ebenso schädlicher Wirkung ist die bisherige undefinierbare Stellung des Gouvernements Suwalki und des sogenannten Etappengebietes. Hier kommen wir schon zur großen Politik hinüber, die Aenderung dieser Inkongruenz steht in unbestreitbarem Zusammenhang mit den Lösungsmöglichkeiten der polnischen Frage seitens der Zentralmächte.

Die letzten Erörterungen im Hauptausschuß haben über die betreffenden Möglichkeiten wenig Licht gebreitet. Während über Litauen, Finnland, Esthland, Livland, Ukraina viel gesprochen wurde, hat man sich über Polen gründlich ausgeschwiegen. In der Einleitung der Debatte sagte Herr Vizekanzler von Payer:

„In dem Wunsche einer einheitlichen Ostpolitik besteht

volle Uebereinstimmung zwischen der Regierung und den Mitgliedern dieses Ausschusses. Das Ziel unserer Politik gegenüber den Randvölkern, die sich durch den Zusammenbruch Rußlands aus dem Verbande dieses Reiches losgelöst und sich auf eigene Füße gestellt haben, ist:

mit ihnen in Zukunft in Frieden und Freundschaft zu leben. Uns und ihnen wird es recht gut bekommen, wenn wir uns politisch, wirtschaftlich, kulturell und, soweit es angängig ist, auch militärisch nähern. Es liegt nicht nur im Interesse dieser Randstaaten, sondern auch in unserem eigenen Interesse, wenn wir die kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Staaten heben. Namentlich hoffen wir Vorteile bezüglich der Sicherstellung unserer Ernährung und dessen, was man unter dem allgemeinen Namen Kolonisation zusammenfassen kann. Der Anschluß dieser Staaten soll und muß uns eine militärische Sicherung unserer Grenzen Rußland gegenüber verschaffen, auf die wir nicht verzichten können.

Niemand kann die Entwickelung im Osten voraussehen, niemand kann wissen, ob wir nicht später einmal wieder in kriegerische Verwickelungen mit Rußland hineingezogen werden."

In bezug auf Polen können wir die Andeutung auf die Kolonisationsmöglichkeiten nicht verstehen; sonst erscheint uns der letzte Passus der Erklärung des Vizekanzlers ausschlaggebend. Wir haben ihn schon mehrmals betont. Wir möchten gerne mit dem russischen Volke, getrennt, aber in friedlichen Verhältnissen leben, wir müssen aber damit rechnen, daß unter den russischen Politikern imperialistische Tendenzen nicht verschwunden sind; ja, wir haben Beweise dafür, daß die gegenwärtige bolschewistische Regierung die Unabhängigkeit Polens nicht anerkennt; die Petersburger Sowjet-Kommune betrachtet bis heute Warschau als eine russische Stadt. Wir verweisen darauf ausdrücklich hin, wir sind sonst überzeugt, daß die Feinde der Zentralmächte noch eine lange Zeit hindurch den polnischen Trumpf ausnützen werden wollen. Wir sind an der Sache interessiert, aber auch Deutschland. Aber vergebens haben wir ge-

wartet darauf, daß die Aussprache aus der v. Payerschen Rede Konsequenzen ziehen wird. Exzellenz von Richthofen streifte die polnische Angelegenheit und stellte die Frage, wann die militärische Besetzung Polens aufhören und die Grenze des neuen Staates festgesetzt werden wird. Eine Antwort ist nicht erfolgt. Indirekt wurde die Angelegenheit gestreift in den vom Abgeordneten Erzberger aufgestellten Richtlinien der Ostpolitik, wo die Friedensverträge von Brest-Litowsk als intakt bezeichnet werden, also auch der Friede mit der Ukraina und der berühmte Passus über das Chełmer Land. Wir meinen, daß Treue für Treue gebührt; wenn die Ukraina die Vertragsbestimmungen nicht eingehalten hat, so sind auch die Zentralmächte in der Lage, manche voreilige Vertragsbestimmungen entsprechend der neuen Sachlage und der besseren Sachkenntnis zu ändern: das betrifft in erster Reihe den die polnische Nation so benachteiligenden Punkt über das Chełmer Land. In Einzelheiten aber, wie gesagt, hat sich der Reichstagsausschuß nicht eingelassen. Unter anderem dürfte wahrscheinlich maßgebend sein, was Herr von Payer in den Worten ausgedrückt hat: „Ueber Polen können Deutschland und Polen nicht allein entscheiden, da hat auch Oesterreich-Ungarn mitzureden.“ In den letzten Tagen verlautet, daß die Verhandlungen zwischen beiden Besatzungsmächten bereits begonnen haben.

Wir erwarten deren Ergebnisse mit Ungeduld. Die Minimalforderungen der Polen sind bekannt: Aufhebung des Dualismus, Integrität des Königreichs in seinen historischen Grenzen, Uebergabe der Zivilverwaltung, Schaffung einer nationalen Armee. Dagegen würde Polen entsprechende Pflichten übernehmen und aus ihnen sämtliche Folgerungen ziehen. Wir verweisen auf die Dringlichkeit dieser Lösung aus inneren und außenpolitischen Gründen. Dem Polentum wird deutscherseits Passivismus vorgeworfen; was ist denn das anderes als Passivismus, wenn seitens der Zentralmächte bis heute kein Programm für Polen vorliegt? Also Passivismus gegen Passivismus, wobei der polnische immer damit motiviert wird, er könne keine positive Politik treiben, da das Land von einem großen Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland

in seinen vitalsten Interessen bedroht wird und während die Reichsregierung zu diesen Tendenzen noch keine Stellung nimmt, wurden von anderen hohen Stellen, zuletzt seitens des preußischen Landwirtschaftsministers, die antipolnischen Tendenzen mit Solidaritätserklärungen begrüßt. Die dem Polentum drohenden Anschläge der Alldeutschen und ihrer Nachläufer sind unseren Lesern bekannt. Vergebens warten wir bis heute auf eine Aktion der Antiannexionisten, die in ihrer Stärke und Intensität annähernd derjenigen entspräche, die der alldeutschen Agitation eigen ist. Wir verlangen nicht Polenfreundlichkeit. Es handelt sich aber auch um eine Sache Deutschlands. Die letzten Vorkommnisse bei den östlichen Völkern sollten doch alle Denkenden in Deutschland überzeugen, daß Deutschland wirklich im Osten Sicherungen bedürfe und daß, wenn nicht die einzige, so sagen wir die wichtigste Sicherung ein zufriedengestelltes Polenreich ist. Wir sind ferner der Meinung, daß das freie Polen ein wichtiges „Glied des Bundes der freien Völker“ bilden würde.

Im großen und im kleinen steht nun die Polenfrage vor Erfordernissen, deren Befriedigung eine neue Verschiebung nicht duldet. Für uns handelt es sich um unsere innere und äußere Freiheit, für Deutschland um den wichtigsten Schutzwall an der östlichen Grenze. Es ist die höchste Zeit, von den bisherigen Worten zu Taten überzugehen; wir wollen doch nicht warten auf die Einmischung anderer. In seiner ersten Ausschußrede sagte Herr von Payer: „Polen ist schon ein anerkannter, großer Staat.“ Wir sehen darin einen Beweis des guten Willens der Reichsleitung und warten auf die Realisierung desselben.

* * *

Nach Niederschreibung obiger Zeilen hat ein bedeutsames Ereignis stattgefunden: die Zusammenkunft der beiden verbündeten Monarchen im deutschen Hauptquartier. Das Ergebnis ist eine Vertiefung des Zwei-Kaiser-Bündnisses, vielleicht die Feststellung eines mitteleuropäischen Blocks.

Zu diesem Punkte wird dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 14. Mai gemeldet:

Wien, 13. Mai. Wie im Abgeordnetenhause verlautet, hat die deutsche Regierung bei den Besprechungen im deutschen Hauptquartier der austro-polnischen Lösung der Polenfrage unter der Bedingung zugestimmt, daß Oesterreich-Ungarn mit Deutschland eine Konvention für 15 Jahre abschließt. Die Errichtung der Personalunion zwischen Oesterreich-Ungarn und Polen ist nunmehr bald zu erwarten.

Eine Bestätigung dieser Meldung liegt bei Schluß der Nummer nicht vor.

„Nation" und „Volk".

Von Dr. J. Jastrow, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin.

Die zweitägige Polendebatte, die das preußische Herrenhaus am 9. und 10. April aus Anlaß der Berichte der Ansiedlungskommission gehabt hat*), verlief in ungleich sanfteren Formen, als die des Abgeordnetenhauses. In dem Schlußwort aber erhob der Referent, Oberbürgermeister Dr. Körte-Königsberg, einen entschiedenen Widerspruch gegen den Satz des Fürsten Radziwiłł: „Den Bestand einer polnischen Nation innerhalb der preußischen Grenzen werden doch auch Sie als eine Tatsache nicht leugnen können!" Wenn man sich auf einen solchen Standpunkt stellt, dann sei ein Debattieren über irgendeine Aenderung in der Polenpolitik nicht mehr möglich. „Dann können wir uns nicht verständigen. Wir können und dürfen im preußischen Staat eine polnische Nation nicht anerkennen."

Als ich Rede und Gegenrede seinerzeit in den Zeitungen las, nahm ich an, daß in der einen oder der andern, oder gar in beiden ein Fehler der Berichterstattung vorliege. Inzwischen habe ich mich durch Einsichtnahme in den stenographischen Bericht über die Sitzungen des Herrenhauses davon überzeugt, daß dies nicht der Fall ist. Die Worte waren beider-

---

*) Vgl. bereits „Polnische Blätter" Heft 93.

seits in der Hauptsache richtig wiedergegeben **), und auch der Zusammenhang, in dem sie gesprochen sind, gibt keinen anderen Sinn: Fürst Radziwiłł hat die Polen eine Nation genannt; Dr. Körte hat ihm daraus einen schwerwiegenden Vorwurf gemacht und jede Verständigung für abgeschnitten erklärt.

Eine allgemein anerkannte Definition des Wortes Nation gibt es nicht. Dem lateinischen Ursprunge nach bedeutet das Wort nichts anderes als Geburt. „*Natione Syrus*“ heißt an sich nichts anderes als: von Geburt ein Syrer. Wenn im Lateinischen die Syrer eine Nation genannt werden, so will man damit die Gemeinschaft aller bezeichnen, die „durch Geburt“ Syrer sind. Dem ursprünglichen Sinne nach ist also eine Nation eine Gemeinschaft, deren Mitglieder eine einheitliche Abstammung haben (oder wenigstens an eine solche glauben). So weit dürfte Uebereinstimmung bestehen. Und wenn es in dem Gebrauche eines Wortes nur auf die ursprüngliche Bedeutung ankäme, so wäre ein Zweifel daran nicht möglich, daß das Vorhandensein einer Nation eine Naturtatsache ist. Im Laufe der Zeit ist das Abstammungs-Moment von immer geringerer Bedeutung geworden. Wer — auch von fremder Abstammung — sich einer Nation anschloß, nach ihren Sitten lebte, ihre Sprache redete, ging in die Nation auf und wurde zu ihr gezählt. Heute entscheidet über die Zugehörigkeit zu einer Nation nirgends mehr die Abstammung, sondern überall die allgemeine Kulturgemeinschaft. Die Statistiker sehen sich außerstande, für die Zugehörigkeit zu einer Nation (diese Zugehörigkeit pflegen wir als „Nationalität“ zu bezeichnen) äußerlich erkennbare Merkmale anzugeben, die sich mit dem Begriff vollständig decken. Man

---

**) Die des Fürsten Radziwiłł so, wie Dr. Körte (Sp. 948) sie zwischen Anführungszeichen zitierte. In der Rede des Fürsten R. selbst gibt sie der Stenographische Bericht (Sp. 921) folgendermaßen: „Den Bestand eines Teils der geschlossenen polnischen Nation innerhalb der preußischen Grenzen werden doch Sie nicht leugnen wollen.“ Für die hier behandelten Punkte besteht kein Unterschied von Belang. Der Einfachheit halber ist dieselbe Fassung zugrunde gelegt, die Dr. K. seinem Widerspruch zugrunde legte.

ist wohl ziemlich allgemein dahin übereingekommen, daß hierfür das einzige statistisch erfaßbare Merkmal die Sprache ist (sei es, wie in unserer Statistik, die „Muttersprache“, sei es, wie in der österreichischen, die „Familiensprache“). Auch unter diesen veränderten Kulturverhältnissen bleibt es eine einwandsfreie Ausdrucksweise, wenn man eine Sprachgemeinschaft als eine Nation und ihr Vorhandensein als eine Tatsache bezeichnet.

Eine gewisse Verwicklung entsteht allerdings dadurch, daß zu der Kultur einer Gemeinschaft im weitesten Sinne auch die staatliche Kultur gehört. Wo Sprach- und Staatsgemeinschaft im großen und ganzen zusammenfallen, können daraus Schwierigkeiten nicht entstehen. Wo aber die Grenzen durcheinandergehen, ist ein Bedürfnis danach vorhanden, für staatliche Zugehörigkeit ein besonderes Wort zu haben. Dieses Wort heißt im deutschen Sprachgebrauch „Volk“. Die Reichsverfassung nennt die Abgeordneten nicht Vertreter der Nation, sondern sagt: „Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesamten Volkes.“ Ebenso die preußische Verfassung: „Die Mitglieder beider Kammern sind Vertreter des ganzen Volkes.“

Da das Wort „Volk“ aber (seinem Ursprung nach gänzlich unpolitisch und eigentlich nichts als eine Personenmenge bezeichnend) eine sehr weite Anwendung findet, so ist der Sprachgebrauch dadurch etwas in Verwirrung geraten. Und weil man das Wort Volk, das staatsrechtlich einen politischen Sinn hat, auch auf die Stammes- und Kulturgemeinschaft anwenden kann, so ist es umgekehrt gekommen, daß man vielfach auch das Wort Nation auf die politische Gemeinschaft angewendet hat. Diese Verschiebung ist nicht ganz neuen Datums. Schon im Jahre 1848 hat ein herzhafter Spaßvogel das Palais des Prinzen von Preußen vor Pöbelangriffen dadurch geschützt, daß er in großen Kreidebuchstaben das Wort „Nationaleigentum“ an das Tor schrieb. Auch die „Nationalversammlung“ der damaligen Zeit erinnert daran. Aber immerhin sind diese Abweichungen in der deutschen Sprache nur geduldet. In der Hauptsache bleibt doch bestehen: das Wort Volk kann beides bedeuten; das Wort

Nation bedeutet streng genommen nur die Kultur-, nicht die staatliche Gemeinschaft.

Um zu zeigen, daß hier nicht eine rein theoretische Konstruktion vorliegt, berufe ich mich auf ein so gangbares und ganz gewiß den Interessen des täglichen Lebens gewidmetes Nachschlagewerk, wie Meyers Konversationslexikon:

N a t i o n , ein nach Abstammung, Sitte und Sprache zusammengehöriger Teil der Menschheit... Das Wort Nation wird nur in diesem Sinne, das Wort Volk sowohl in diesem Sinne, als auch zur Bezeichnung der Angehörigen eines bestimmten Staates gebraucht. Man kann also deutsches Volk und deutsche Nation sagen; dagegen wohl von einem österreichischen Volk, nicht aber von einer österreichischen Nation sprechen.

Bei diesem Sachverhalt fragt man sich nun, wie Dr. Körte zu seinem sonderbaren Mißverständnis (denn er hält offenbar „polnische Nation“ für einen unbedingt politischen Begriff) kommen konnte. Die notwendig politische Bedeutung haftet dem Worte Nation wirklich an; nur nicht in der deutschen, sondern in der französischen Sprache. Im Französischen bedeutet *nation* die Gemeinschaft aller Bürger (so daß *nationalité* = Staatszugehörigkeit), während unser Begriff Nation (unpolitisch) durch *peuple* wiedergegeben wird. Die willkürliche Art, in der man bei uns in Deutschland in den letzten Jahrzehnten angefangen hat, ein Wort, an dessen fremdem Ursprung man Anstoß nahm, durch ein Wort deutschen Ursprungs zu ersetzen, hat das Sprachgefühl unsicher gemacht und manche Verworrenheit herbeigeführt. So ist auch in einer Zeit, die statt „national“ das fürchterliche Wort „völkisch“ erfunden hat, die ehemals klare Abgrenzung zwischen „Nation“ und „Volk“ unklar geworden. Und so ist es gekommen, daß in der Herrenhaus-Debatte der Pole Radziwiłł das Wort „Nation“ im korrekten Sinne der deutschen Sprache gebraucht hat, während dem Deutschen Körte der inkorrekte Gebrauch dieses Wortes nicht etwa bloß als möglich, sondern als e i n z i g möglich vorkam.

Es ist schwer einzusehen, wie in diesem Falle der Pole sich hätte ausdrücken sollen, wenn er von der Tatsache sprechen wollte, daß es eine polnische Gemeinschaft gibt. Hätte er von einem polnischen Volke gesprochen, so wäre

gerade dadurch die Möglichkeit (wiewohl immer noch nicht die Notwendigkeit) gegeben, das Wort politisch zu fassen. Gerade indem er von der Nation sprach, wählte er die Ausdrucksweise, die, solange man dem korrekten deutschen Sprachgebrauch folgte, eindeutig unpolitisch ist.

Vor einiger Zeit habe ich in diesen Blättern*) eine andere parlamentarische Polendebatte erwähnt. Damals hatte ein preußischer Minister von den „polnisch sprechenden Preußen" gesprochen, und ein polnischer Abgeordneter hatte sich diese Redeweise in heftigen Worten verbeten. Ich glaube, damals den Beweis geliefert zu haben, daß gerade die Ausdrucksweise des Ministers die war, die traditionell in den polnischen Landesteilen von den Polen gewünscht und bei festlichen Zusammenkünften üblich war, wenn der deutsche Festredner Gewicht darauf legte, eine Ausdrucksweise zu wählen, die den Empfindungen aller Anwesenden in gleicher Weise entsprach. So grundlos, wie es damals war, aus dieser Ausdrucksweise des deutschen Redners einen Anlaß zu Vorwürfen und zur Erneuerung des Zwistes zu entnehmen, ebenso grundlos war es in diesem Falle, dem polnischen Redner einen Strick zu drehen, aus einer Ausdrucksweise, die sorgsam und glücklich so gewählt war, daß sie gerade vom Standpunkte des deutschen Sprachgebrauchs am allerwenigsten anfechtbar war. Der Unterschied zwischen den beiden Debatten war: daß jener polnische Redner der Abgeordnete Korfanty war, der diesmalige deutsche Redner aber das Oberhaupt einer großen Stadtgemeinde, dem man in früheren Jahren auf solchen Wegen zu begegnen nicht gewohnt war.

Einst (1656) und Jetzt (1918).

Bilder eines Geschichtsfilms.

(Erstes Bild.) Prolog. Auf einen todwunden Polen, der da mit durchschossener Brust röchelt, läßt der schwedische Quartiermeister den Gnadenstoß abgeben; die Kugel zertrümmert die Hirnschale, Stiche durchbohren das Herz, eine halbe Stunde lang schießt oder sticht man nach ihm;

*) Nr. 50 vom 10. Februar 1917, S. 152 („Sollen und Werden").

die Einzelheiten des grausigen Vorfalles siehe bei dem Biographen und Bewunderer des Großen Kurfürsten wie des Schwedenkönigs, Pufendorf; der Pole bleibt am Leben, röchelt weiter, und man läßt ihn schließlich liegen. Das Bild gilt nicht nur für Leute und Zeit von 1656, da ebenso vergeblich Polen von allen Ecken und Enden der Russe, Kosake, Siebenbürger, Brandenburger und Schwede berannten, sondern auch für polnische Art und Zähigkeit überhaupt oder wie der Schwedenkönig meinte, da er Polen für immer verließ: „Mit diesen Barbaren wird nichts ausgerichtet, mag man sie schlagen, so viel man will.“

(Zweites Bild.) Aus der dreitägigen Schlacht von Warschau. Unter dem rasenden Anprall der Panzerreiter des Połubiński schwankt die feindliche Front; die Lanze des Jakób Kowalewski streift König Karl Gustav; der Verbündete des Schwedenkönigs, Bogusław Radziwiłł (der nachmalige Gubernator Preußens), streckt den kühnen Husaren mit einem Pistolenschuß nieder (der König ließ den Husaren in einem rotausgeschlagenen Sarg feierlich bestatten); aus der Schwadron des Połubiński bleiben nur acht Mann am Leben. Die Schlacht selbst, im Grunde keine Schlacht, nur eine Reihe von Scharmützeln; kein Sieg, das polnische Heer betrachtet sich nicht als geschlagen; kein Erfolg, denn sie schob nur ein wenig den unvermeidlichen Zusammenbruch der schwedischen Invasion hinaus; aber völlig überflüssig war sie für die Polen, die notwendige Rettung dagegen für ihre Feinde, die zu vernichten waren, wenn sich die Polen begnügten, mit ihren überlegenen Reitermassen die rückwärtigen Verbindungen zu stören und die Zufuhren zu verhindern. Daher atmete der große Feldherr-König erleichtert auf, als er endlich Polen heranrücken sah und antwortete dem Kurfürsten und den schwedischen Generalen, die vor der Uebermacht zum Rückzug rieten: „Weil es euch unmöglich scheint, dem starken Feind nicht zu erliegen, will ich euch lehren, wie man Feld und Sieg mit Gottes Hilfe behaupten kann.“ Und er bewies, daß nicht Zahl und Todesmut entscheiden, daß Feldherrngeschick und Manneszucht über beides gehen, genau, wie 1918.

(Drittes Bild.) Auf dem Felde vor Wilno. Aufge-

schlagen sind Zelte für die russische, polnische und österreichische Gesandtschaft; in die Verhandlungen haben eben die Polen den Gedanken eingeworfen, es möge der Zar oder sein Sohn nach dem Ableben des Königs ihr Herr werden, die beiden großen slawischen Reiche vereinigen; wozu sollten denn die Russen dem Schweden helfen, sich ganz Polens zu bemächtigen, der sie dann unfehlbar überfallen wird, der sich schon jetzt nicht mit Warschau begnügt, sondern nach Wilno, das ja bereits in zarischen Händen ist, seine Hand ausstreckt. Die Russen greifen gierig nach diesem Köder; der polnische König, in der Meinung, daß die Russen daraufhin nicht nur ewigen Frieden schließen, sondern das eroberte Litauen ihm herausgeben werden, ist dem Plane nicht abgeneigt. Die Oesterreicher schauern vor dem bloßen Gedanken, daß so des Zaren Macht bis Schlesien vorrücken, dieses und Böhmen als polnisch-slawisches Eigen einfordern werde, und stören nach Kräften die Verhandlungen, die sie fördern sollten. Den Traktat von Wilno ließ der Zar in allen Kirchen seines Landes als großen Triumph der Orthodoxie verlesen, denn kraft dessen sollte der Zar bei seinem Glauben verbleiben, die verhaßte Union mit Rom aufheben, über das katholische Polen herrschen, allein und durch den polnischen Senat, nicht durch „Generalgouverneure“; man nannte sie damals „Vizekönige“. Aber der Traktat war nur eine Seifenblase, denn wie 1914 dem Großfürsten und 1918 dem Bolschewikitum, fiel es auch 1657 den Russen gar nicht ein, je mehr sie an Gebietsabtretungen und Heereshilfe gegen Schweden versprachen, auch nur etwas davon zu halten; nur der Zar ließ Dankgottesdienste feiern, daß es ihm gelungen sei, ohne Schwertstreich Polen zu gewinnen. In polnischen Köpfen selbst stieg, wie noch im XIX. und XX. Jahrhundert, schon das Spukbild auf, der Bund mit Moskau werde ihnen die Erfolge des einstigen Bundes mit Litauen wiederbringen, polnischen Einfluß weit nach dem Osten tragen; auch diese Träume sollten durch die Wirklichkeit zuschanden werden; Moskau war ja kein Litauen, wie man es sich in Polen einbildete, bei seiner Herrschsucht, Eigendünkel, Intoleranz, Autokratie, die sich alle in einem

glichen: sie kannten keine Grenzen! Aber 1918 sollte die Vision einer großen slawischen Föderation wieder auftauchen, näher und heller denn je zuvor.

(Viertes Bild.) Fürst Rakoczy vor seinen Siebenbürgern und Rumänen — in hellster Verzweiflung, wie Ferdinand von Rumänien vor dem Bukarester Vertrag. Karl Gustav hatte es verstanden, ebenso wie die Entente, alle Völker ringsum gegen seinen Gegner aufzubieten, um alle seine Bundesgenossen im Augenblicke ihrer höchsten Not treulos preiszugeben, sie für ihn sich nutzlos hinopfern zu lassen. Rakoczy hatte sich, wie König Ferdinand, durch die Aussicht auf glänzenden, raschen, sicheren Sieg blenden lassen, während der „christliche Tatare", so nannte man den treulosen Schweden, so wie die Entente, nur plante, aus der eigenen Verlegenheit durch ihn herausgerissen zu werden. Eine unsichtbare Hand trieb ihn in das unabwendbare Verhängnis; vergebens beschworen ihn Tag und Nacht unter Tränen Mutter und Frau (darin anders als Königin Marie), abzulassen von dem frevlen Abenteuer; vergebens wetterten dagegen seine Geistlichen von der Orgel und murrte das Volk; vergebens stellte sich ihm vor der Ueberschreitung des verschneiten Karpathenwalles der Marmaroser Gespan, der sein Nachfolger werden sollte, entgegen und flehte und mahnte zum Frieden. Nach anfänglichen Erfolgen, fast ohne Schwertstreich gewonnen, sah Rakoczy, daß er nur den verfahrenen schwedischen Karren aus dem polnischen Sumpf herausziehen sollte, daß jedoch statt dessen die schneidig herandrängenden Polen ihm mit Vernichtung drohten; daß Karl Gustav ihm in seiner höchsten Not einfach den Rücken kehrte; daß andere Polen unterdessen seine ungarischen Besitzungen selbst angriffen, dem Boden gleichmachten, nach Siebenbürgen vordrangen. Und schließlich blieb nichts übrig, als in rascher Flucht Heil zu suchen, und als den auf dieser Flucht von Polen und Tataren rings umstellten, auch noch seine Bundesgenossen, Kosaken und Rumänen, schmählich verließen, da drohte er mit geballten Fäusten den Fliehenden, fluchte auf ungarisch: „Oh, daß ihr aus eurem Lug und Trug nie gesundet, ihr räudigen Hunde — umkommen sollte,

wer euch traute — euren Läusen soll es gut ergehen.“ War das nicht Ferdinand von Rumänien? Werden ihm nicht, wie dem Rakoczy, die Frauen im Lande zurufen: wo sind unsere Männer, Brüder, Söhne? erfroren im Gebirg, niedergestreckt in der Ebene, in Sklaverei verschleppt? was hast du mit ihnen getan? Die Gewissensbisse erstickte Rakoczy im Wein, bis ihn der rasche Tod aus diesen Qualen erlöste; Ferdinand war glücklicher, denn zu guter Letzt winkt ihm statt der Abdikation Bessarabien als Preis seiner Niederlagen zu, als Pflaster auf die schwersten Wunden.

(Fünftes Bild.) Im weltentrückten Czechryn am Dniepr, in dem Hause des Hetman und Fürsten der Ukraina, in der einzigen Stube, die zugleich Kranken-, Familien-, Eß- und Empfangszimmer für die fremden Gesandten ist, die schwedischen, russischen, polnischen, siebenbürgischen, moldauischen, die der verlogenste aller Sterblichen nasführte, in dem wie dazu geschaffenen unzugänglichen Nest, wo „Verrat Verrat jagt, Treue ein Hahnenei, aus Wahrheit der Boden herausgefallen ist“. Chmielnicki, der Hetman und Fürst der Ukraina, hat seinen Hals in die russische Schlinge gelegt und möchte ihn wieder herausziehen; im fanatischen Haß gegen Polen, in Furcht vor seinem Moskauer Herrn sucht er Hilfe beim Türken, geht mit dem Schweden, mit dem Siebenbürger Bündnisse ein, alle der Reihe nach verratend, im Branntwein seine Todesangst ersäufend, sein Ende herannahen fühlend. Zarische Boten stellen ihn wegen seiner Machenschaften zur Rede, da braust er noch einmal auf: ihr habt mich verraten, im Wilnoer Traktat habet ihr die Kosaken den Polen preisgegeben, wollet 20000 Mann den Polen gegen uns stellen. — Nach russischer Art leugnet dies alles der zarische Bote, wirft dem Hetman vor, daß das schon dem Zaren gehörige Polen seine wie schwedische und siebenbürgische Mannen verwüsten. Den Verschlagenen reut schon seine Aufwallung: ich bin treuer Diener des Zaren und werde ihn nie verlassen (dasselbe beteuerte er vor Polen), nur jetzt gebet mir Ruh, ich kann nicht mehr sprechen, setzet euch und genießet, was Gott gab. Aber auf die Nachricht, daß die Kosaken Rakoczy verlassen haben und daß

dieser vor den Polen kapitulieren mußte, kann der Hetman wirklich nicht mehr sprechen; ein Schlag lähmt seine Zunge, und bald ist er tot — zu seinem Glück, ehe alle seine Machenschaften offen lagen. Wohl jammerten jetzt die Weiber in ihren rituellen Totenklagen: wir unselige Waisen! Väterchen, wer wird an uns denken? uns retten und hüten? Untergegangen ist unsere Sonne, wir dem Verderben preisgegeben. Doch schon lehnte sich das Volk auf, wollte gegen den Hetman und die Vorgesetzten nur dem Zaren dienen, nur zu ihm halten, tötete noch bei Chmielnickis Lebzeiten seine Obersten, die es des Abfalls vom Zaren zieh. Mit dem Hetman sank auch sofort ins Grab die ukrainische Herrlichkeit, um bis 1918 darin zu ruhen — wohl konnten einzelne Ehrgeizige im Bunde mit Türken, Polen, Schweden (so zuletzt Mazepa) sich gegen die drückende Zentralmacht in Moskau auflehnen, nur folgte ihnen nie das Volk. Es verzichtete auf jede Selbständigkeit, beugte für immer den Nacken unter das russische Joch — bis 1918, wo bei der fabelhaftesten, unglaublichsten Gunst der Verhältnisse, nämlich bei der totalen Zerrüttung Rußlands, wie bei der den Mittelmächten drohenden Hungersnot, zum ersten Male die Hruschewskij, Winniczennko, Hołubowicz die Gelegenheit ausnutzten, sich vorsichtig erst von Schritt zu Schritt treiben ließen und endlich den Gedanken völliger politischer Selbständigkeit aufgriffen und vorläufig verwirklichten. Vorläufig, denn es ist noch nicht recht abzusehen, wie das Wagnis ablaufen wird. Dem Volke als solchem ist 1918 wie 1657 der Zusammenhang mit dem glaubenseinen Moskau das einzige Greifbare; heute wie ehemals umschlingt das kirchliche Band Kiew und Moskau, oder sollte es jetzt endlich reißen? Wir wissen es besser, nicht Volkskraft hält den neuesten ukrainischen Staat, sondern allein der Umstand, daß Rußland ohne Heer und Herrscher ist, weil die Pogrome, die sonst das Zarat einrichtete, sich diesmal gegen es selbst gewendet haben. Und wie über keinen eigenen Zusammenhang (den erst die deutschen Waffen schaffen), so verfügt dieser neueste Staat auch über keinerlei natürliche Grenzen, weder gegen Polen und Rumänen (in Bessarabien), noch gegen Tataren (in der Krim)

und Großrussen — weit reicht nur die Herrschsucht seiner Führer, ihr Appetit ist zu groß. Aber sie haben Glück, haben Bundesgenossen; ihre Gegner, außer den Rumänen, haben kein Heer, und das sagt alles. Und vielleicht hat bei den Massen selbst der begehrliche agrarische Sozialismus die Orthodoxie bereits gelockert oder gar überwunden? Den Massen ist jeder politische Gedanke fern, das sind ja nicht die politisch erzogenen Ruthenen Galiziens — oder sollte alles jetzt mit Riesenschritten vorwärts gehen und des Hetman Chmielnicki Träume Hetman Skoropacki verwirklichen?

(Sechstes Bild.) In der Hofburg in Wien. Polnische Beauftragte erflehen Bündnis und rasche Hilfe — man traut nicht seiner eigenen Kraft — ganz unnützerweise. Oesterreich ist natürlich wie immer ganz unvorbereitet; zu einer Offensive wie immer unfähig; der schwedisch-polnische Krieg ist ihm im Grunde erwünscht, denn er bietet die Bürgschaft, daß der Schwede nicht weiter nach Deutschland hereinbrechen wird. Oesterreich stellt drückende Bedingungen und bietet dafür im Grunde recht unausgiebige Hilfe. Die Verhandlungen verzögern sich; die Ratifikationen können nicht ausgetauscht werden; der Tod Kaiser Ferdinands tritt dazwischen; König Leopold ist blutjung und erkrankt noch dazu, ebenso sein Vormund. Auch hier wirft man von polnischer Seite, wie allüberall, den Köder der polnischen Thronfolge aus — ja, es nimmt dieser Vorschlag ganz greifbare Formen an: einer der jungen Erzherzöge soll an dem polnischen Hof erzogen werden und die Nichte der Königin heiraten; der lange, seit dem 16. Jahrhundert, seit dem Aussterben der Jagellonen innig gehegte und verfolgte Plan soll endlich gelingen. Aber nichts war in Polen gleich verhaßt wie die „österreichische Orientierung“. Der Adel wies stets auf Ungarn und Böhmen hin, fürchtete für seine politischen und konfessionellen Freiheiten; das österreichische Haus und Absolutismus, Intoleranz, waren ihm gleichbedeutend. Und sofort regte sich in Polen wachsame Opposition gegen alle Wiener Abmachungen; der alte Kronhetman erklärte im Namen von Heer und Senat, daß derlei Verabredungen, eingegangen ohne ihr Wissen und Wollen, von unbekannter Form und

Fassung, nur ganz unverbindliche, leere Spekulationen wären; von alledem haben wir weniger Erfolge, die wir begehren, mehr solche, die wir fürchten. In Wien selbst hatte man sich diesmal eher ablehnend gezeigt — freilich war die Aussicht, da gerade Schweden und Rakoczy Polen zu überrennen schienen, wenig lockend — aber man gab damals wenigstens eine würdige Antwort: es wäre jetzt nicht die Zeit dazu; später, wenn Polen befreit sein wird, kann es derer gedenken, die ihm geholfen haben. Die Hilfe selbst nahte nach österreichischer Weise im Schneckentempo, und der sie befehligte, war ein unfähiger Greis; viel Freude hat diese Hilfe den Polen nicht bereitet. Die österreichische Orientierung hat im Laufe der Jahrhunderte die merkwürdigsten Wandlungen durchgemacht, nur nie zu einem Ziele geführt. Wie wird's diesmal? Glück schien eine Zeitlang diese Orientierung zu begünstigen: die Vereinigung Galiziens mit dem Königreich schien erfolgreichste Lösung. Nur hat sich niemand in Polen dafür recht zu erwärmen vermocht, und die Leistungen des wieder abgesägten Grafen Czernin hatten der österreichischen Orientierung den Boden ausgeschlagen. Wird sein Nachfolger nicht in seine Fehler verfallen?

(Siebentes Bild.) Einritt des Königs in das von den Schweden endlich befreite Krakau. Die Schweden, unter dem Lebemann Wirtz, hatten furchtbar gehaust, das Königsschloß achtmal aufs gründlichste geplündert, sogar die venetianischen Fensterscheiben, die Türaufsätze, allen Marmor, die Polsterungen der Stühle geraubt. Aehnlich erging es den Kirchen, der Universität, den Bürgerhäusern; Hinrichtungen — auf den geringsten Verdacht hin —, Hunger, Krankheiten hatten unter der Bürgerschaft schrecklich aufgeräumt, — noch nach fünf Jahren zählte Krakau nur an 7500 Bewohner; die Vorstädte vollständig verwüstet und niedergelegt (wie im Winter 1914), in der Stadt aus den Häusern die Türen und Fenster herausgenommen, Unrat in Straßen und Plätzen, die Läden geschlossen. Aber der Feind war abgezogen, und die Seele des siegreichen Widerstandes war der jetzt zum Wojewoden von Reußen ernannte Held Stefan Czarniecki,

der unermüdliche Kämpfer, der die polnischen Waffen siegreich bis auf die dänischen Inseln führte, der die Worte „für Gott und Vaterland“ nicht nur im Munde führte, sondern sich stets für beide aufopferte, die Zagen fortriß, die Mutigen noch anfeuerte, der überall und nirgends zu finden war, den Feind von allen Seiten umschwärmte und bedrohte, Sieg auf Sieg erfocht, Niederlagen ruhig hinnahm, niemals Zuversicht verlor, seinem erfindungsreichen Kopfe vertrauend. Der Kurfürst ließ ihn sich auch in Lebensgröße malen — das Bild des Czarniecki hängt noch heute im Königlichen Schloß in Berlin. Aber gerade vor diesem Bilde stockt jeder Vergleich von 1656 und 1918, denn damals hatte Polen Heere und Feldherren, und diese brachten die Rettung; 1918 hat es weder das eine noch das andere, und bitter rächt sich der Mangel, der zum großen Teil durch eine verfahrene Politik oder richtiger Unpolitik selbstverschuldete; der entscheidende Augenblick ist jedenfalls verpaßt, und das Glück hat keinen Zopf, an dem man es nachträglich fassen könnte*).

Berlin. A. Brückner.

Das deutsch-polnische Wirtschaftsbündnis.

(Schluß.)

Die wirtschaftlichen Interessen der Zentralmächte hinsichtlich Polens lassen sich nicht vereinbaren. Hier ist zunächst der entschlossene Standpunkt Oesterreich-Ungarns zu betonen.

---

*) Für den historischen Teil bürgt das neue Buch von L. Kubala, des trefflichsten Kenners dieser Zeiten, die „fünfte Serie“ seiner „Historischen Skizzen“, des wissenschaftlichen Pendant zu den beiden Sienkiewicz-Romanen, oder auch zu der pompösen Epopoe des alten Twardowski, der als Zeitgenosse den Kämpfen mit seinem Stift folgte und schon wie wir verzweifelte, ihr Ende erleben zu können. Kubala's reich illustriertes Quellenwerk führt in diese merkwürdigen, soviel Parallelen zur Gegenwart bietende Vergangenheit mit der größten Objektivität ein und läßt vor unserem Auge die große Zeit wirklich wieder aufleben.

Die Schaffung eines selbständigen Zollgebietes aus Polen, mit gleichen Zöllen, sowohl im Verhältnis zu Deutschland wie Oesterreich-Ungarn, scheint letzterem Staate unerwünscht. Die österreichische Industrie ertrug bisher mit Schwierigkeiten die deutsche Konkurrenz auf den fremden Märkten. Dort, wo die österreichische Industrie im Verhältnis zu einem beliebigen fremden Lande nicht durch die geographische Lage oder andere Vorrechte besonders begünstigt war, wich sie unter dem Druck der deutschen Konkurrenz. Während die Deutschen im Verhältnis zu den fremden Märkten sich von dem Grundsatz der Gleichberechtigung mit den anderen Mitbewerbern leiten lassen, weil sie dann in Wirklichkeit das Uebergewicht erlangen, streben die Oesterreicher eine privilegierte Stellung an. Das Königreich Polen kann als Abnehmer fremder Waren für die österreichische Industrie nur dann ernstere Bedeutung erlangen, wenn der Absatz österreichischer Waren unter günstigeren Bedingungen wie deutscher stattfinden kann. Die österreichische Industrie ist, von ihrem Standpunkt als Bewerber um den polnischen Markt, Anhänger einer Verbindung des Königreichs Polen mit der österreichisch-ungarischen Monarchie durch eine Zollunion.

Andererseits fürchtet aber die österreichische Industrie die Konkurrenz der polnischen Industrie. Der österreichischen Industrie war es schon zu enge in der Monarchie, aber sie vermochte es nicht, in ernsterem Umfange auf den fremden Absatzmärkten Fuß zu fassen. Die polnische Industrie ist auf vielen Gebieten weder schwächer noch weniger exakt wie die österreichische; die letztere fürchtet daher die polnische Konkurrenz auf dem eigenen Markte. Die österreichische Industrie schwankt zwischen dem Appetit auf den polnischen Markt und der Besorgnis um den eigenen, inländischen, besonders den galizischen Markt.

Die Deutschen wollen ihre Beziehungen mit Osteuropa offenbar auf den zollfreien Warenaustausch stützen, d. h. auf eine Zollunion. Aus den verschiedenen Erklärungen wäre der Schluß zu ziehen, daß Litauen, Kurland, mit Deutschland eine Zollunion eingehen wollen. Was diese Länder anbetrifft, so kann Deutschland selbständig vorgehen, denn Oester-

reich-Ungarn meldet keine Ansprüche an bei der Regulierung des Verhältnisses dieser Länder zu Deutschland. Ein strittiges Terrain dagegen ist Polen.

Deutschland will Oesterreich keine Privilegien bewilligen im Verhältnis zu Polen. Aus Polen aber ein selbständiges Zollgebiet zu machen, befriedigt Oesterreich nicht, wenn es auch das Einverständnis Deutschlands finden würde. Wenn aber Litauen, Weißruthenien und Kurland Deutschland zollpolitisch angegliedert werden sollen, Polen dagegen nicht, so kann Deutschland danach streben, die zollpolitisch ausgesonderten Gebiete in ihrem Umfange möglichst zu beschränken, und zwar zugunsten der wirtschaftlich mit Deutschland zu vereinigenden Länder. Es wäre das von seiten Deutschlands eine Abwägung der deutschen Interessen mit einer Genauigkeit bis zu einem Kilogramm.

Polen muß territorial reicher ausgestattet werden wie das Kongreß-Königreich, aus Rücksicht auf seine Uebervölkerung, und es muß wegen der Aufrechterhaltung seiner Industrie ein gesondertes Zollgebiet bilden. Die während des Krieges vernichtete polnische Industrie könnte sich bei einer Zollunion mit Deutschland nur mit Schwierigkeiten wieder aufrichten.

Der Wert des Königreichs Polen, als Abnehmer von Waren, beruht in der Möglichkeit, die Einfuhr durch die Warenausfuhr zu begleichen. Die Handelsbilanz Polens beweist, daß den Schwerpunkt unseres Warenaustausches die Ausfuhr und Einfuhr von Fertigfabrikaten darstellt.

Diese Fertigfabrikate machen in der Ausfuhr Polens 75%, in der Einfuhr 40% der Gesamtwerte aus. In den Handelsbilanzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns stellen sich die korrespondierenden Positionen auf 60% und 40% bzw. 30% und 15%; in allen dieser drei Länder nehmen daher die Fertigfabrikate die bedeutendste Stellung in der Handelsbilanz des Königsreichs Polen ein. (Vergl. nebenstehende Tabelle.)

Wenn man daher zum Verständnis unserer Ausfuhr nach Art, Umfang und Richtung gelangt, so kommt man zu dem Schluß, daß der inländische Markt für diese Ausfuhr zu

Die Ein- und Ausfuhr Polens, Deutschlands und Oesterreich-Ungarns 1911-1912.

	Königreich Polen				Deutschland								Oesterreich-Ungarn							
	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhr				Ausfuhr				Einfuhr				Ausfuhr			
	1909-1911 / 3		1909-1911 / 3		1911		1912		1911		1912		1911		1912		1911		1912	
	in Mill. Rubel	%	in Mill. Rubel	%	in Million Mark	%	in Million Mark	%	in Million Mark	%	in Million Mark	%	in Million Kronen	%	in Million Kronen	%	in Million Kronen	%	in Million Kronen	%
A. Rohstoffe und Halb fabrikate für industrielle Zwecke	252.9	39.0	104.7	15.0	5 385 9	51.9	6.064 5	52.4	2 205 4	25.1	2.556.8	26.4	1.765.0	53.9	1.973.0	53.8	960.0	37 1	1.076.0	36 8
B. Fertig-fabrikate	254.5	39.2	526.8	75 6	1.685.7	16 2	1.919.3	16.6	5.460 0	62.2	5.992.5	61.9	951.0	29.0	1.064.0	29.0	1.056.0	40 9	1 177.0	40.2
C. Lebensmittel . .	119.7	18.5	46 0	6.7	3.076.8	29.6	3.332.3	28.8	1.096.0	12 5	1.126.0	11.6	520 0	15 9	585.0	15.9	500.0	19 4	588.0	20 1
D. Tiere . .	21.3	3.3	19.0	2.7	231 6	2.3	256 0	2.2	12.5	0.2	8.9	0.1	39.0	1.2	48 0	1.3	67.0	2 6	86.0	2.9
Insgesamt	648.4	100	696.8	100	10.380.0	100	11.572.1	100	8.773.9	100	9.684 2	100	3.275.0	100	3.670.0	100	2.583.0	100	2.927.0	100

eng sein wird. Die für Export eingestellten und arbeitenden Zweige unserer Industrie haben schon heute so viel Schwungkraft und Ausdehnungsdrang angenommen, daß im Verhältnis dazu unser inländischer Markt zu eng ist. Allerdings wurde bisher die Aufnahmefähigkeit desselben künstlich verengt durch die Drosselung unseres wirtschaftlichen Lebens infolge einer fremden wirtschaftlichen Politik. Wir hatten keine lokale Selbstverwaltung und keine Verkehrswege. Die Entwicklung dieser Einrichtungen auf eine höhere Stufe wird gewiß die Kaufkraft des polnischen Marktes in mancher Hinsicht erhöhen, aber sie wird nicht imstande sein, den für Export arbeitenden Zweigen unserer Industrie den Massenabsatz auf den äußeren Märkten zu ersetzen.

Aus diesen Gründen erscheint die Wahrung des Exportcharakters unserer Industrie dringend erforderlich. Es ist dies auch aus Rücksicht auf unsere Zahlungsbilanz notwendig. Da wir wenig eigenes Kapital besitzen, müssen wir noch lange Zeit hindurch fremdes Kapital bei uns aufnehmen, was in Verbindung mit der nicht zu umgehenden Staatsverschuldung uns vor die Notwendigkeit stellt, in einer aktiven Handelsbilanz die Möglichkeit zu suchen, unsere Zahlungsbilanz im Gleichgewicht zu halten. Was die landwirtschaftlichen Nährfrüchte anbetrifft, sind wir schon längst ein einführendes Land geworden, so daß wir nur in der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen diejenige Quelle finden können, die das Defizit in unserer Zahlungsbilanz decken soll.

Das wichtigste Resultat unserer zukünftigen Industriepolitik ist daher die Eroberung von Absatzmärkten für diejenigen Zweige unserer Industrie, die schon heute ausgesprochenen Exportcharakter haben und diesen nicht ohne schwere wirtschaftliche Erschütterungen ändern können. Diese Ausfuhr wird in einem hohen Grade über Hamburg und Danzig stattfinden. Bisher versorgte sich Polen mit Rohstoffen in der Hauptsache über Hamburg.

Litauen und Weißruthenien sind hinsichtlich der wirtschaftlichen Struktur landwirtschaftliche Länder. Sie sind erwünschte Lieferanten landwirtschaftlicher Produkte sowohl

für Deutschland wie für Polen. Für Deutschland haben sie aber keine Bedeutung als Ansiedlungsgebiete für den deutschen Bevölkerungsüberschuß, für Polen aber in sehr hohem Grade. Eine zollwirtschaftliche Verbindung Polens mit Deutschland führt dazu, daß Polen in wirtschaftlicher Hinsicht den industrielosen Ländern Litauen und Weißruthenien ähnlich werden müßte.

Die Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer beträgt:

in Kongreß-Polen	102,8
im Gouvernement Grodno	52,4
im Gouvernement Wilno	48,2
im Gouvernement Kowno	45,8
in den weißruthenischen Gouvernements	39,5

Das Programm, aus Polen ein landwirtschaftliches Land zu schaffen, das zum Abnehmer der industriellen Erzeugnisse Deutschlands werden soll, muß als Folgeerscheinung eine Einwanderung der Polen nach Deutschland oder nach anderen Ländern haben. Es könnten sich ähnliche Zustände herausbilden, wie in Irland, das unter dem Einfluß der englischen Politik zugunsten Amerikas entvölkert wurde.

Die wirtschaftliche Schwächung und Entvölkerung Polens verringert seinen Wert als Bundesgenossen, wenn sie auch seine Bedeutung als Gegner vermindert. Wenn sich aber Deutschland zu einer Bundespolitik entschlossen hat, so muß es danach streben, den polnischen Bevölkerungszuwachs dem Lande zu erhalten.

Wir sind der Ansicht, daß die deutsch-polnische Verständigung sich auf das Programm eines Polens in größerem Umfange wie das Kongreß-Königreich und auf seine Industrielisierung stützen muß. Die deutsche Industrie würde zum Installateur der polnischen Industrie werden. Ein wirtschaftliches Bündnis mit Vertrags-Zwischenzöllen würde den Mittelmächten eine stärkere Position auf unserem Markt wie den anderen Staaten schaffen.

Selbstverständlich müßte Deutschland das Recht auf Transitverkehr auf sämtlichen polnischen Bahnen zustehen, auf Grund einer Vereinbarung, die Deutschland einen günstigen Zutritt zu Rußland sichern soll. Polen dagegen müßte das

Recht auf den freien Transitverkehr über die Weichsel und Danzig zustehen, und die letztere Stadt sollte zu einem Freihafen erklärt werden.

Deutschland, im Besitz des unteren Weichsellaufes und der Stadt Danzig, hätte dadurch ein Werkzeug der Kontrolle über den auswärtigen Handel Polens in der Hand, das dem industriellen und exportierenden Polen eine den Lebensinteressen Polens widerstreitende Handelspolitik unmöglich machen würde. Im übrigen wird der polnische Import und Export noch lange Zeit hindurch über Hamburg stattfinden. Die Richtung des auswärtigen Handels Polens muß mit der Richtung des deutschen Handels zusammenlaufen.

Die Ablenkung der polnischen wirtschaftlichen Aspirationen von Litauen und Weißruthenien, die Hemmung der Entwicklung der polnischen Industrie, kann erst aus Danzig eine heikle Angelegenheit machen. Zwischen dem industriellen Polen und dem Hafen Danzig müssen sich gute wirtschaftliche Beziehungen entwickeln, zum Nutzen Polens und des Hafens Danzig. Die auf gegenseitigem Vorteil beruhenden Handelsbeziehungen werden zum Bündnisfaktor werden.

Eine wirtschaftliche Verständigung muß sich auf die Vorteile stützen, die beide vertragschließenden Teile in der Zukunft aus dieser Verständigung haben können, denn nur der gegenseitige Nutzen kann ihr den Charakter der Dauer geben. In dem gegenwärtigen Augenblick, wo Polen in wirtschaftlicher Hinsicht ständig verliert und nichts bieten kann, muß eine Verwirklichung der Verständigung von der wirtschaftlichen Stärkung Polens ausgehen. Deutschland muß Polen zunächst leistungsfähig machen. Die Anwendung einer Gradskala von weltgeschichtlicher Perspektive würde gewiß den Nutzen eines solchen Vorgehens schon in baldiger Zukunft erweisen.

Henryk Tennenbaum, Warschau.

Zur Frage der „Grenzberichtigung".

Die „Breslauer Zeitung" vom 24. April polemisiert gegen das „Berliner Tageblatt" und gegen einen Justizrat aus Beuthen, die nachgewiesen haben, daß der „Streifen" Polens, der annektiert werden „muß", zu dicht von polnischer Bevölkerung bewohnt ist,

um nicht polnisch bleiben zu müssen. Die Zeitung erinnert den Opponenten an das, was... „von Kalisch übrig geblieben ist, um sich zu überzeugen, daß seine Statistik von 1909 ganz unmöglich stimmen kann". Ein netter Trost! Wir möchten noch bemerken, daß es in Rußland mindestens eine Million evakuierter Polen gibt, die in die Heimat u. a. auch in den famosen „Streifen" zurückkehren möchten.

In seiner Zeitschrift Das neue Deutschland vertritt Dr. Grabowsky die irrige Ansicht, nach der das deutsch-österreichische Condominium in Polen beizubehalten wäre, und schreibt ferner:

„Die Gründe, die gegen eine Einverleibung kongreßpolnischen Gebiets in Preußen sprechen, liegen auf der Hand. Wir würden ein paar Millionen neue Polen zu unserer Volkszahl hinzubekommen, Polen, die zudem wahrscheinlich noch wesentlich deutschfeindlicher wären als die alten preußischen Polen. Unsere nationalen Schwierigkeiten in der Ostmark würden sich also erheblich vermehren. Dazu könnten wir sicher sein, daß der neue Polenstaat in eine erbitterte Kampfstellung gegen Deutschland getrieben würde. Nichts fürchtet man dort mehr als eine Beschneidung des kongreßpolnischen Gebiets, die man dort die vierte Teilung Polens nennt. Zusammen mit den Polen des Königreichs würden die galizischen Polen gehen; diese würden unablässig versuchen, die österreichische Politik in antideutschem Sinne zu orientieren. Und selbst wenn man mittels der austro-polnischen Lösung die galizischen Polen aus dem österreichischen Reichsrat hinausbrächte, so blieben sie doch immer noch mit der Habsburgermonarchie verbunden. Man weiß aber, wieviel seit alters her am Wiener Hofe die Polen gelten."

„Ein diplomatisch-militärisches — zugleich natürlich wirtschaftliches — Bündnis Polens mit den Zentralmächten — schließt Herr Dr. Grabowsky, nachdem er seine Condominium-Theorie nochmals hervorrückt — macht für uns die militärische Sicherung durch Abtrennung polnischer Gebietsteile unnötig. Hätte sich in Kongreßpolen keine Geneigtheit zu einem Bündnis der geschilderten Art gezeigt, so hätten wir die militärischen Sicherungen vornehmen müssen — über alle sonstigen Bedenken hinweg. Aber gerade in einem Moment von militärischen Sicherungen sprechen, da ein enges Bündnis in greifbare Nähe gerückt ist, stellt denn doch den Höhepunkt politischer Unvernunft dar. Gerade jetzt hätte man solche Dinge auch nur andeutungsweise nicht berühren dürfen. Alles Emporwachsende wird dadurch wieder in Frage gestellt."

Im Berliner Tageblatt vom 21. April führt der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Haas erfrischend offen und kraftvoll das Wort:

„Durch den Friedensvertrag mit Rußland ist die Möglichkeit geschaffen, daß die von Rußland losgelösten Randstaaten in ein

engeres Verhältnis zu den Zentralmächten kommen. Annexionistische Anschauungen aber stören die Durchführung dieser Politik. Wenn man ein Polen schaffen will, das im Laufe einer allmählichen Entwicklung — von heute auf morgen ist das gewiß nicht zu erreichen — innerlich an unsere Seite gebracht wird, dann hat es keinen Sinn, diese Entwicklung durch Annexionen zu verhindern, die uns in Polen nie vergessen würden. Die ungeheuren Schwierigkeiten des polnischen Problems verkenne ich nicht. Ich verstehe den Standpunkt der Männer, die die Möglichkeit einer ehrlichen Anlehnung der Polen an die Mittelmächte durchaus pessimistisch betrachten. Man vergesse aber nicht, daß gerade diese Okkupationszeit mit ihren harten Kriegsnotwendigkeiten ganz gewiß nicht alle alten Vorurteile und feindlichen Stimmungen in Polen beseitigen konnte, daß vielmehr die allmähliche Annäherung nur in einer künftigen Friedensperiode unter dem Einfluß einer die polnischen Interessen fördernden Wirtschaftspolitik möglich wäre. Voraussetzung dabei wird aber immer sein, daß der Staat, der unter unserer Mitwirkung entsteht, die Wünsche wenigstens der verständigen Polen national und kulturell befriedigt. Die Wünsche der polnischen Chauvinisten, deren Zahl allerdings sehr groß ist, werden wir nie befriedigen können. Wenn man aber überhaupt nicht den Glauben hat, daß in Polen die praktische staatliche Arbeit den Einfluß theoretisierender Chauvinisten jemals überwinden kann, wenn man also das polnische Problem, vom deutschen Standpunkt aus gesehen, überhaupt für unlösbar hält, dann müßte die Politik der Annäherung der Randstaaten völlig aufgegeben werden. Wollen wir aber an unserer Ostgrenze selbständige Staaten schaffen, die dereinst nicht nur vertraglich, sondern kraft eigenen Willens an unserer Seite stehen, dann darf man diese Politik nicht von vornherein durch Annexionen durchkreuzen."

„Eine staatsrechtliche Konstruktion, die uns für ewige Zeiten verpflichtet, das polnische Land zu verteidigen, ohne Gewähr, daß auch die Polen mit uns auf Gedeih und Verderben verbunden sein wollen, ist in Wirklichkeit ein einseitiger Vertrag. Nicht eine beschränkte Souveränität bindet die Polen an uns; im Gegenteil, eine möglichst weitgehende Freiheit für sie und für uns zwingt sie zu der Selbstprüfung, ob es nicht ihrem Interesse entspricht, loyal auf unsere Seite zu treten. Die neuen Staaten sollen durch die ersten Verträge, die wir mit ihnen schließen, in ein engeres Verhältnis zu uns gebracht werden; ihnen und uns soll aber für später eine andere rOientierung der Politik möglich bleiben. Entweder erreichen wir die Vergrößerung unseres politischen und wirtschaftlichen Einflusses durch eine innere Verbindung der Randstaaten mit uns, eine Verbindung, die sich nie durch Verträge erzwingen, sondern nur durch eine vernünftige Politik der Freiheit anbahnen läßt, oder wir gehen, wenn diese Politik an dem Willen jener in Preußen und Deutschland mit einem Polentum zu rechnen haben,

Völker scheitern sollte, dazu über, uns die bessere Weltstellung durch die Verständigung mit Rußland zu schaffen. Dafür aber hat das deutsche Volk nicht die ungeheuren Opfer gebracht, daß wir die Staaten so ausgestalten, wie es die Mehrheit der Bevölkerung in jenen Ländern nicht will, und daß wir damit gleichzeitig uns wertvolle Möglichkeiten verbauen und einen Herd von Revolutionen und feindlichen Verschwörungen an unserer Ostgrenze schaffen.

„Das also ist die große Aufgabe, daß wir uns und Oesterreich-Ungarn in einer neuen Weltkonstellation eine andere Weltstellung und Weltgeltung verschaffen, daß wir in einem Bunde freier Staaten im engen Vertrauensverhältnis mit den Staaten des Balkans und mit der Türkei unseren Einfluß bis nach Persien sichern und durch eine verständige Wirtschaftspolitik erhalten.“

In der Deutschen Politik, Heft 16, schreibt Dr. Paul Rohrbach:

„Bei uns gibt es noch Leute, die in ihrer Unkenntnis der östlichen Dinge es für ihre Aufgabe halten, den ungebetenen und überflüssigen Treuhänder für die Moskowiter zu spielen. Das „Morgen“ von einst ist schon zum „Heute“ geworden, aber sie sehen es noch nicht. Viele begreifen überhaupt noch nicht Deutschlands moralische Sendung im Osten. Sie merken nichts von der ungeheuren sittlich-nationalen politischen Werbekraft des zur Tatsache gewordenen Gedankens, daß Deutschland der Befreier der Unterdrückten von der Moskowiterknechtschaft geworden ist.

„Wenn Sie es merkten, würden sie auch wissen, daß wir an einer Stelle, und an einer wichtigen, noch damit beschäftigt sind, die Welt zu überzeugen, daß wir unsere Aufgabe im Osten nicht begriffen haben und am Ende alles, was wir getan haben, nur unbewußt oder versehentlich taten. Diese Stelle ist die polnische Frage. Es ist möglich, daß letzten Endes sich die Polen wirklich unfähig zeigen, ihre Lage in Europa zu begreifen, und daß dann nichts übrig bleibt, als über sie hinwegzugehen. Vorläufig aber müssen wir noch alles daran setzen, das Prinzip der Befreiung und Entbindung aller nationalen Kräfte in dem von Molkowien befreiten Osteuropa durch Deutschland auch in dem zukünftigen Geschick Polens zu verwirklichen. Keineswegs allein um der Polen willen, sondern ebensosehr, ja noch mehr, um unseretwillen. Was wir in dieser Beziehung jetzt durch die beiden Ministerreden im Herrenhause erlebt haben, ist ein Stück von Versagen aller politischen Regie — um den mildesten und am wenigsten ins Moralpolitische schlagenden Ausdruck zu gebrauchen —, wie es selbst in unserem klassischen Lande der Regietaperei kaum schon erlebt worden ist.“

„Ich habe schon früher einmal gesagt, daß ich die Fortnahme des Kohlenbeckens von Dombrowa nicht einmal als Frage erörtern möchte, denn es wäre keine ehrenhafte Handlung. An so

etwas denkt man bei deutscher Politik am liebsten nicht als an eine faktische Möglichkeit. Täten wir das, so müßten wir uns vor den Polen schämen. So verfuhr England gegen die Burenrepubliken, als es dem alten Oranjefreistaat 1870 die Diamantfelder von Kimberley fortnahm, und als es die Goldminen von Transvaal haben wollte. Einem besiegten Volk, das den Krieg gesucht hat, kann man ein Stück seines Besitzes mit dem Recht des Siegers nehmen; die Polen aber sollen wir ja nicht besiegt, sondern befreit haben. Gilt das für die Kohlen, so ist von den „Grenzsicherungen" zu sagen, daß man keinem objektiv denkenden Politiker einreden wird, Deutschlands Sicherheit hinter dem Sieg im Weltkrieg werde noch von der Narewlinie oder dergleichen Nebendingen abhängen. Das ist eine militärisch-formalistische Denkweise, oder einfach Phrase. Deutschland wird „sicher" sein durch kluge Politik oder überhaupt nicht. Das Prinzip des Ostfriedens für Polen jetzt schon fallen zu lassen, ist aber alles andere eher, als kluge Politik!"

In den Preuß. Jahrb. schreibt Prof. Hans Delbrück:

„Die Ost-Politik, wie ich sie für richtig gehalten haben würde, wäre darauf ausgegangen, die Polen so weit zu befriedigen, daß sich eine starke deutschfreundliche Partei bilden konnte, und vermöge dieser Partei das ganze Königreich dauernd in unserer Bundesgenossenschaft zu erhalten. Das wäre von allen denkbaren strategischen Grenzsicherungen die beste gewesen. Sei es durch unsere, sei es durch Schuld der Polen, ist diese Politik vorläufig bei seite gestellt. Was der Minister von Eisenhart angekündigt hat, ist nicht mehr und nicht weniger als eine neue Teilung Polens. Da man ohnehin mit der Feindschaft der Polen rechnet, will ich die Wirkung auf das polnische Nationalgefühl nicht weiter ausmalen, sondern nur die Rückwirkungen auf die innere deutsche Politik erwägen.

Preußen soll vergrößert werden um 1—2 Millionen Polen und polnische Juden. Die Annehmlichkeit dieses semitischen Elements, das sich im Besitz der deutschen Freizügigkeit sofort über das ganze Reich ausbreiten wird, brauche ich nicht zu beschreiben. Am allerwenigsten werden unsere deutschen Juden davon beglückt sein. Die preußischen Polen werden um etwa 50% vermehrt werden. So tief die Gemütsverbitterung bei den Polen über die neue Teilung sein mag, die preußischen Polen werden mit der Zeit herausfinden, daß die Verstärkung ihrer Nationalität in unserem Staate ihnen sehr nützlich ist. Preußen hatte bisher nur gemischte deutsch-polnische Bezirke; jetzt erhält es auch rein polnische und im Reichstag und Landtag eine erhebliche Vermehrung der Mandate. Die so praktische wie menschenfreundliche Idee, die gesamten Polen aus den zu annektierenden Landstrichen „auszusiedeln", und das Land „leer" zu annektieren, wird wohl jetzt, wo es Ernst wird, von den einstigen Erfindern selber nicht mehr vertreten. Wir haben also der Tatsache ins Auge zu sehen, daß wir künftig

das parlamentarisch wie physisch eine wirkliche Macht darstellt. Schon früher haben die polnischen Stimmen ja mehrfach die Entscheidung gegeben, und zwar, was wenig Lohn gefunden hat, in der guten Richtung: den Stimmen der Polen verdanken wir die zweijährige Dienstzeit, die uns heute den Sieg ermöglicht, und die Grundlagen unserer Flotte; man erinnere sich des Namens Koscielski-Admiralski. Ob eine Polenfraktion, die im Reichstage ihre 50, im Abgeordnetenhaus vielleicht 60—70 Stimmen zählen wird, sich damit begnügen wird, ihre Opposition von Zeit zu Zeit in einigen wilden Reden austoben zu lassen? Welche Mühsal bereiten die irischen Stimmen trotz der Einfachheit des Zwei-Parteiensystems den parlamentarischen Regierungen in England! Bei der Zersplitterung unseres Parteilebens wird die verstärkte polnische Fraktion bei uns kaum eine geringere Rolle spielen. Auch das Beispiel der Teschechen zu studieren, dürfte nicht unnützlich sein. Der geschlossene deutsche Nationalstaat, den wir trotz der eingesprengten fremden Volkssplitter bisher aufrecht erhalten haben, scheint mir recht ernstlich in Gefahr zu kommen. Bundesrat und Staatsministerium, Reichstag und Landtag haben doch wohl alle Ursache, sich die in Aussicht gestellte Gebietsvergrößerung recht genau anzusehen, ehe sie das Geschenk annehmen.

Aber die strategischen Rücksichten? Sie haben nicht nur ihr Recht, sondern sie müssen unter gegebenen Umständen entscheidend sein. Aber sind die Umstände hier gegeben? Die Strategie ist doch nichts Abstraktes, sondern rechnet und handelt auf Grund der politischen Voraussetzungen. Wer ist, positiv gesprochen, der mögliche Feind, dem gegenüber die geplanten strategischen Vorbeugungen getroffen werden müssen? Ist es Rußland? Ist es Oesterreich-Ungarn? Ist es Polen selbst? Die für das Deutsche Reich eine solche Gefahr bilden, daß trotz aller nationalen Schädigung die strategische Position genommen und festgehalten werden muß? Du lieber Gott, wo soll im Osten die Gefahr herkommen, die, soweit Menschen vorzusorgen überhaupt berufen sind, Deutschland bedrohen könnte? Jeder einzelne denkbare Gegner ist für uns ein Zwerg, und sich gegen uns zusammenschließen können sie auch nicht, weil sie durch unausgleichbare Gegensätze getrennt werden. Sollten sich die Moskowiter wieder mit den Ukrainern vereinigen, so bleibt doch der Gegensatz der Ukrainer gegen die Polen, der Polen gegen die Moskowiter, und Litauer und Balten werden auch sicherlich nie geneigt sein, sich einem Bündnis gegen das Deutsche Reich anzuschließen. Wo also ist die Notwendigkeit, die uns zwänge, die unabsehbaren Widerwärtigkeiten und die schwere nationale Schädigung auf uns zu nehmen, die jede Herausrückung unserer Grenze im Osten mit sich bringen muß? (Die letzten Meinungen des geehrten Verfassers können wir nicht teilen. „Poln. Bl.“)

NOTIZEN.

Politisches.

Litauische Wünsche. Washington, 7. Mai. Meldung des Reuterschen Bureaus. Der litauische Nationalrat, der etwa 700 000 in den Vereinigten Staaten ansässige Litauer vertritt, sprach bei dem Präsidenten Wilson vor und forderte die Anerkennung Litauens als souveränen Staats, der weder von Deutschland noch von irgendeiner anderen Macht beherrscht werde. Der Führer der Abordnung, J. J. Jakaikitis, wies in einer Ansprache an den Präsidenten auf das loyale Verhalten der litauischen Amerikaner hin. Wilson sprach in seiner Antwort seine Anerkennung für die Loyalität der Litauer in den Vereinigten Staaten und seine Sympathie mit der Lage aus, in der das Land sich jetzt befinde. (Frankf. Ztg.)

* * *

Dunkle Mächte. In einer der letzten Sitzungen der Warschauer Stadtverordnetenversammlung kamen antisemitische Proklamationen zur Sprache, die hie und da an den Straßenecken aufgeklebt wurden. Nach den Reden sämtlicher Führer der bürgerlichen Parteien wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Stadtverordnetenversammlung drückt ihre Empörung aus über die Aufrufe, die sich an den Mauern der Stadt gezeigt haben und zu Gewalttaten gegen die Juden auffordern, und betrachtet sie als von Provokateurs ausgegangen, die außerhalb der polnischen Gesellschaft stehen.

In einer Sitzung des Polenklubs in Wien kamen die Krakauer Ausschreitungen zur Sprache. Es wurde folgender Antrag Groß angenommen: „Der Polenklub verurteilt die Krakauer Exzesse und drückt sein Bedauern darüber aus, daß die Polizeidirektion in Krakau der polnischen öffentlichen Meinung, die sofort die Exzesse verurteilt hat, unmöglich gemacht hat, sich in dieser Richtung auszusprechen, denn es wurden die Veröffentlichung des in diesem Sinne gehaltenen Aufrufes des Stadtpräsidiums und des Hirtenbriefes des Fürstbischofs Fürsten Sapieha und beruhigende Artikel der Presse verboten. Der Polenklub stellt mit Bedauern fest, daß die Krakauer Polizei durch ihre Passivität und Unfähigkeit es dazu gebracht hat, daß die antisemitischen Unruhen, welche zu Beginn von einer kleinen Schar von halbwüchsigen Jungen gemacht wurden, in der Folge bedrohliche Formen annahmen, so daß das Militär einschreiten mußte. Der Polenklub verurteilt die Versuche, die Bevölkerung gegeneinander aufzuhetzen, und wendet sich an die Bevölkerung und die Presse mit der eindringlichen Aufforderung, daß alles aufgeboten werde, damit in Hinkunft derartige Fälle sich nicht wiederholen.“

* * *

Beschlüsse des Wiener Polenklubs. In der Vollversammlung der Polenklubs vom 8. Mai wurden nachstehende Anträge angenommen: Antrag Abg. Witos: Unmittelbar nach Erhalt einer Antwort seitens des Ministers des Aeußern betreffs der Gestaltung der Polenfrage wird das Präsidium eine Vollversammlung zwecks Durchführung der politischen Debatte und der Wahl des Obmannes des Polenklubs nach Lemberg einberufen. Antrag Abg. Tertl: Der Polenklub gibt seiner lebhaften Entrüstung darüber Ausdruck, daß Graf Czernin trotz der blutigen Opfer, die die polnischen Regimenter in Verteidigung der Grenzen der Monarchie im Osten und Westen gebracht haben, die Polen unter den Verteidigern des Reiches nicht angeführt hat.

In der Erklärung des Monarchen, daß er den Polen gegenüber dieselbe Politik einhalten werde, wie Kaiser Franz Josef, erhielt der Polenklub eine Bürgschaft dafür, daß die Teilung Galiziens, die eine direkte Verleugnung der Politik des verewigten Kaisers wäre, ausgeschlossen ist. Gegenüber den Berichten von der Vorbereitung einer Teilung des Landes durch die Regierung stellt der Polenklub fest, daß ähnliche Bestrebungen dem feierlichen Versprechen des Monarchen Gewalt antäten, und fordert das Präsidium auf, daß es sofort von der Regierung eine kategorische und klare Antwort verlange.

Der Polenklub protestiert gegen jede Regierungsaktion, die eine, wenn auch nur vorübergehende Ausschaltung des Parlamentes bezwecken würde, als gegen ein Attentat auf die verfassungsmäßigen Rechte der Bevölkerung.

* * *

Die Grenzsicherungen im Osten. Auf eine Eingabe des Magistrats der Stadt Graudenz an den Reichskanzler, in der erhebliche Grenzsicherungen im Osten besonders gegen das Polenreich gefordert werden, ist vom Auswärtigen Amt eine Antwort eingetroffen, in der es zum Schluß heißt: Der Magistrat kann versichert sein, daß die Fragen unserer östlichen Grenzsicherung von der Reichsregierung eingehend erwogen werden.

* * *

Der Präsident des Nationalen Zentrums. Der Ausschuss des Nationalen Zentrums, jener Organisation, zu der sich im Mai 1917 einige aktivistische Gruppen zusammenschlossen, gestützt auf die Proklamation vom 5. November, auf den Staatsrat und die Legionen und mit dem Ziel, den polnischen Staat noch während des Krieges zu errichten, wählte zu seinem Präsidenten den Prinzen Maciej Radziwiłł. Dieser ist erst unlängst aus Rußland zurückgekehrt, wo er eine führende Rolle in den politischen Kreisen spielte, die sich von der ausgesprochen nationaldemokratischen Richtung abgetrennt haben. Prinz Maciej Radziwiłł hat in der letzten Zeit auch in

deutschen Zeitungen das Wort ergriffen, um seinen für den Bund mit den Mittelmächten plädierenden Ideen Ausdruck zu verleihen.

* * *

Der Dank Odessas an die polnischen Truppen. Die aus dem russischen Heere ausgeschiedenen polnischen Truppen haben sich in den Stürmen der Revolution und Anarchie vielfach als Element der Ordnung erwiesen. Einen bemerkenswerten Beleg dafür liefert u. a. ein im „Monitor Polski“ veröffentlichter Brief des Stadtpräsidenten von Odessa an den Kommandanten der polnischen Truppen. Darin heißt es: „Angesichts dessen, daß die polnischen Truppen in nächster Zukunft Odessa verlassen und sich in ihr Vaterland zu begeben beabsichtigen, hält die städtische Stadtverwaltung es für ihre bürgerliche Pflicht, sich mit diesen Worten an Euch zu wenden: In Augenblicken, wo die Stadt vom Pöbel terrorisiert, wo die friedliche Bevölkerung von bewaffneten Banden beraubt und gemordet wurde, boten die polnischen Truppenabteilungen unter den ersten der Stadtverwaltung ihre Dienste zum Schutze der Stadt an, obwohl sie sich dadurch der Gefahr aussetzten, von ihren Gegnern ermordet zu werden. Ehrlich habt Ihr Wort gehalten, ehrlich Eure große und schwere Aufgabe des Schutzes nicht nur von Leben und Eigentum der Bürger, sondern auch ansehnlichen staatlichen Eigentums, das Ihr durch Eure zahlreichen Patrouillen behütet habt, erfüllt.“ Der Kommandant der polnischen Truppen, denen hier ein so schmeichelhaftes Zeugnis ausgestellt wird, ist Hauptmann Skrzyński, der als Offizier der russischen Armee fünfmal ausgezeichnet wurde. Unter Kerenski war er Vorsitzender des Verbandes der Georgsritter, einer Formation, deren Aufgabe es war, ein musterhaftes Offizierkorps heranzubilden.

Kultur.

Presseverhältnisse in Polen. In einer Posener polnischen Zeitung lesen wir folgendes: Die polnische Presse im Generalgouvernement Warschau befindet sich in jeder Hinsicht in tragischer Lage. Hierzu gehört auch ihr finanzieller Zustand, woran die wirtschaftliche Politik der Okkupationsbehörden keine geringe Schuld trägt. So z. B. müssen die polnischen Zeitungsverleger das in einer polnischen Fabrik in Myszkow hergestellte Papier von der Okkupationsbehörde kaufen und Preise erlegen, die dreimal höher sind wie diejenigen, die Berliner Verleger zahlen. Warum? fragen wir. Auch muß erwähnt werden, daß die deutsche Zensur sich durchaus nicht den lokalen Presseverhältnissen anpassen will. Die meisten Zeitungen in Polen erscheinen früh, während die Bürozeit der Zensoren die gleiche ist, wie aller übrigen Beamten. Lediglich für die dringendsten

Sachen hat ein einziger Zensor Nachtdienst bis 12 Uhr Mitternacht. Ueber die Magistratssitzungen z. B. kann aus diesen Gründen nur ein gleichlautender Rundlauf der Presseloge gebracht werden, und die polnische Presse ist dadurch der Möglichkeit beraubt, die öffentliche Meinung so zu bedienen, wie das sonst überall in der Welt der Fall ist. Dieses System ist weiter nichts wie eine Fortsetzung des russischen. Die Zensoren sind zweifellos höchst anständige Menschen und haben den besten Willen; sie chikanieren niemanden, und das unterscheidet sie so wohltuend von den Russen; aber die Früchte des Systems können trotzdem nicht besser sein.

* * *

Der Vortragsstuhl für deutsche Literatur in Warschau. Den eine gewisse Zeit verwaisten Vortragsstuhl für deutsche Literatur an der Warschauer Universität hat Herr Professor Emil Petzold, bisher Dozent für neue deutsche Literatur an der Lemberger Universität, übernommen. Herr Professor Petzold hat sich in der wissenschaftlichen Welt einen sehr bekannten Namen erworben durch seine berühmte Abhandlung über Hölderlin, ferner durch eine ganze Reihe von Arbeiten über Mickiewicz usw.

Soziales.

Das Echo der Krakauer Vorkommnisse. Unter dem Titel: „Die Sache klärt sich allmählich“ schreibt der Krakauer sozialdemokratische „Naprzód“:

Dank der lügenhaften Berichte der Wiener Presse und der Intervention polnischer Abgeordneter (unter anderen des Abgeordneten Dr. Liebermann) sind wir in die Lage gekommen, unsere Leser über das Eigentliche der Krakauer Vorgänge etwas zu informieren. Wir konnten vor allem eine Reihe von Lügen richtigstellen, wie z. B. die Berichte, daß an der Spitze der Tumultanten „Legionäre und Eisenbahner“ gestanden hätten.

Allmählich klären sich jetzt auch weitere Einzelheiten; die amtliche „Gazeta Lwowska“ schreibt:

„Die insultierten und mit Steinen beworfenen Truppen versuchten zunächst, die Menge mit der blanken Waffe zu vertreiben; als das aber, trotz wiederholter Proben, sich als vergeblich erwies, mußte von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden; infolgedessen wurden mehrere Personen verwundet, und leider haben auch zwei weitere Personen ihr Leben lassen müssen.

„Die Krakauer Tumelte hatten vor allem den Charakter sogenannter „Hungerrevolten“; sie waren entstanden infolge Mangel an Lebensmitteln. Die Berichte der Wiener Presse, die den Tumulten einen anderen Charakter beilegen wollen, sind stark übertrieben.“

So schreibt die amtliche „Gazeta Lwowska".

Allmählich klärt sich die Sache. Aber die oben mitgeteilten Tatsachen sind durchaus noch nicht alles, was die polnischen sozialistischen Abgeordneten dem Herrn Minister Toggenburg und was sie in der Militärkommission mitgeteilt haben.

Wir werden wohl noch den Augenblick erleben, wo auch diese Frage wird ganz geklärt werden können.

Der Abgeordnete Dr. Adolf Groß lenkt mit Nachdruck die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Zustände in der „Krakauer Zeitung". Er lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß die Krakauer Bevölkerung seit vier Wochen kein Brot erhält. In einer solchen Lage, meint Abgeordneter Dr. Groß, wurde es gewissen zweifelhaften Elementen nicht schwer, die allgemeine Unzufriedenheit gegen die Juden zu richten, wenn die polnische Gesellschaft durch die Behörden zur Ohnmacht verurteilt war.

Allmählich klärt sich die Sache.

Büchereinlauf.

Alphabetisches Orts- und Gemeindelexikon des Generalgouvernements Warschau. Herausgegeben vom Verwaltungschef beim Generalgouvernement Warschau. Zusammengestellt in der Kartenabteilung von Erich Muther. Warschau. Band I—II. — Sprawozdanie Zarządu Polskiego Archiwum wojennego 1915—1916. Kraków. Nakładem Polskiego Archiwum wojennego. — Almanach żydowski na r. 5678 (1917). Opracował Dr. Z. F. Finkelstein. Wien. — Józef Mączka: Starym szlakiem. Poezje. Kraków. Centralne Biuro Wydawnicze N. K. N. — Spectator: Stronnictwa żydowskie w Królestwie Polskim. Piotrków. Nakładem Wiadomości Polskich. — Dr. Malte Wagner: Deutsche und polnische Romantik. Separatabdruck aus den „Neuen Jahrbüchern". Bei Täubner in Leipzig. — Andrzej Strug: Chimera. Powieść. Warschau, Towarzystwo Wydawnicze. — A. Smetona: Die litauische Frage. Berlin, Verlag „Das Neue Litauen". — Wacław Sieroszewski: Ocean. Powieść historyczna. Warschau, Towarzystwo Wydawnicze. — Dr. B. Guttmann, Redakteur der Frankfurter Zeitung: Oesterreich-Ungarn und der Völkerstreit. Verlag der Frankfurter Zeitung. — Angesichts der russischen Umwälzung. Polen und Rußland. Von T. Grużewski, B. Lutomski, Z. Makowiecki, L. Kulczycki, M. Łempicki. Berlin, Verlag von Karl Curtius.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Zalachowski, Charlottenburg.
Druck: Otto Dreyer, Berlin W 57, Kurfürstenstraße 19.